

CVP Oberägeri

GENERALVERSAMMLUNG bestätigt Albi Iten

Im voll besetzten Saal des Restaurants Hirschen konnte Albi Iten am 29. April 38 Personen zur Generalversammlung der CVP Oberägeri begrüssen.

PD/LF - In seinem Jahresbericht blickte er als Präsident auf ein erfolgreiches Wahljahr 2014 zurück, stellt doch die CVP immer noch zwei von vier Kantonsräten aus Oberägeri. Im Gemeinderat konnte ein zweiter Sitz knapp nicht erreicht werden.

CVP Oberägeri ist gut vertreten

In der gemeindlichen Rechnungsprüfungskommission sind zwei Sitze von der CVP kompetent besetzt. Mitglieder der CVP Oberägeri sind auch an Gemeindeversammlungen mit Vorstössen aktiv und bringen ihre Ideen ein, nicht immer zur Freude aller in der Gemeindeverwaltung. Albi Iten dankte allen Anwesenden für ihre Arbeit und Unterstützung.

Ehrung und Verabschiedung

Die übrigen Traktanden waren rasch abgearbeitet. Die Rechnung wurde genehmigt und der Vorstand in glo-

bo wieder gewählt sowie mit Evelyn Rust und Patrick Iten verstärkt. Die Versammlung bestätigte Albi Iten als Präsidenten. Zum Schluss wurden verschiedene Personen für ihre Arbeit geehrt und verabschiedet: Thiemo Hächler (Alt-Kantonsrat), Thomas Ulrich (Baukommission), Gusti Iten (Parteivorstand), Peter Meier (Rechnungsprüfungskommission) und Josef Iten Bruhst (Seewasserwerk). Sämtliche Positionen sind bereits wieder mit engagierten und kompetenten CVP Mitgliedern besetzt. Nach einer kurzen Diskussion über die Feuerwehrautoleiter und die Denkmalschutzproblematik schloss Albi Iten die Versammlung.

Bildungspolitik

Im Anschluss an den offiziellen Teil referierte CVP Kantonsrat Martin Pfister über die Bildungspolitik im Kanton Zug. Von besonderem Interesse waren die möglichen Auswirkungen des Entlastungsprogrammes auf die Schulen. Pfister rät der Politik, sich nicht auf Detailprobleme zu stürzen, sondern die Gesamtzusammenhänge und -auswirkungen im Auge zu behalten.

Erbschaftssteuerreform

SP Ungleichverteilung Vermögensgegensteuer geben

Zwei Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als die restlichen 98 Prozent zusammen. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Reichen, die ihr Vermögen nicht erarbeitet, sondern geerbt haben, ständig zu.

Von Zari Dzaferi

Die Fülle von Plakaten/Anzeigen in verschiedensten Medien belegt unmissverständlich, mit wie viel Geld Reiche und ihre Handlanger die Annahme der Erbschaftssteuer verhindern möchten. Mit verschiedensten Falschaussagen wird nach bewährtem Muster eine Angstmacherkampagne betrieben und uns weiss gemacht, dass die Erbschaftssteuer der Schweiz schade. Bleibt man jedoch bei den Fakten, stellt man Folgendes fest: Die Schweiz hat eine der ungleichsten Vermögensverteilungen der Welt. Zwei Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als die restlichen 98 Prozent zusammen. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Reichen, die ihr Vermögen nicht erarbeitet, sondern geerbt haben, ständig zu. So ist beispielsweise die Hälfte der 300



Bild: z.v.g.

Zari Dzaferi, SP-Kantonsrat.

Reichsten in der Schweiz durch Erbschaften reich geworden. Vererben die Reichsten ihre Riesenvermögen immer steuerfrei weiter, zementieren sie ihre Stellung als neuer Geldadel. Es ist nicht akzeptabel, dass erarbeitetes Geld versteuert werden muss, während Erbschaften in Mil-

lionen- und Milliardenhöhe steuerfrei sind. Einzig bei «Super-Erbschaften» gehen ab zwei Millionen 20 Prozent zuhanden der Allgemeinheit. Das Geld kommt so in den Wirtschaftskreislauf und wird nicht auf Privatkonten, in Liegenschaften oder Luxusgütern der Superreichen gehortet. Das nützt uns allen und nicht einigen wenigen. Die Erbschaftssteuer schützt KMU und Landwirtschaftsbetriebe. 99 Prozent aller KMU sind von der Erbschaftssteuer nicht betroffen. Familienunternehmen und KMU sind bis zu einem hohen Freibetrag – zum Beispiel 50 Millionen Franken – steuerfrei. Landwirtschaftsbetriebe fallen nicht einmal unter die Erbschaftssteuer. Stimmen Sie am 14. Juni also deutlich Ja zur Erbschaftssteuerreform und korrigieren Sie damit die ungleiche Vermögensverteilung zugunsten der Allgemeinheit. Die AHV profitiert mit zwei Milliarden am meisten. Das hilft, die Renten weiterhin zu sichern, ohne beispielsweise die Mehrwertsteuer anzuheben oder Unternehmen zusätzliche zu belasten.

Neues Reglement

CHAM Systemwechsel zu Betreuungsgutscheinen

Die Chamer Stimmberechtigten entscheiden am 14. Juni 2015 über das neue Reglement über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung.

PD/LF - Das neue Reglement sieht die Einführung von Betreuungsgutscheinen vor. Damit sollen die Chamer Familie und Beruf noch besser vereinbaren können und eine hohe Wahlfreiheit geniessen.

Familie und Beruf vereinen

Weit über 800 Kinder nutzen derzeit die Angebote an familien- und schulergänzender Kinderbetreuung in der Gemeinde Cham. Bisher waren hierbei verschiedene Regelungen gültig, die nicht aufeinander abgestimmt waren. Dabei wurden die betroffenen Eltern und die privaten Anbieter oft ungleich behandelt, wie die Chamer Gemeinderätin und Sozialvorsteherin Christine Blättler-Müller sagt. Deshalb hat der Chamer Gemeinderat beschlossen, ein neues Reglement über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung zur Abstimmung zu bringen. Dieses stimmt einerseits die Finanzierung aller Angebote der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung aufeinander ab, so dass alle privaten Anbieter künftig gleichbehandelt werden. Andererseits werden mit dem neuen Reglement optimale Rahmenbedingungen geschaffen, damit in Cham Familie und Beruf vereinbart werden können.

Systemwechsel

Betroffen vom neuen Reglement sind sämtliche Angebote der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung: Kindertagesstätten, Tagesfamilien, Spielgruppen, Modulare Tagesschulen und Ferienbetreuung. Bei allen Angeboten sind Betreuungsgutscheine vorgesehen. Dabei bezahlen Eltern den privaten Anbietern die Vollkosten für die Betreuungsangebote und erhalten im Gegenzug von der Einwohnergemeinde Unterstützungsbeiträge direkt aufs Konto überwiesen. In jedem Fall müssen sich die Eltern einkommens- und vermögensabhängig an den Kosten beteiligen. Gleichzeitig haben sie nur dann Anspruch auf Betreuungsgutscheine, wenn sie erwerbstätig sind bzw. einer gleichgestellten Tätigkeit nachgehen.

Einführung im 2016

Spätestens am 19. Mai werden die Abstimmungsbroschüren zum Reglement über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in den Chamer Haushalten eintreffen. Alle Interessierten sind zudem eingeladen, sich am 1. Juni 2015 anlässlich einer öffentlichen Informationsveranstaltung aus erster Hand informieren zu lassen. Bei einem Ja der Stimmberechtigten am 14. Juni treten das Reglement sowie die dazugehörige Verordnung per 1. Januar 2016 in Kraft. Weitere Informationen unter www.cham.ch.

Stadttunnel verdient «Ja»

CVP Eine Lösung für die Stadt Zug ist dringend nötig

Mit der Umfahrung Cham/Hünenberg wird in Zukunft das Zentrum von Cham entlastet – ebenso mit der Tangente Zug/Baar das Zentrum von Baar. Und die Stadt Zug?

Von Monika Barmet-Schelbert

Das Projekt Stadttunnel hat bereits eine lange Vorgeschichte – verschiedene Projekte wurden schon früher diskutiert, aber immer wieder aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Doch die zunehmende Verkehrsbelastung, die täglichen Staus, die Lärm- und Schadstoffbelastung in der Stadt Zug blieb ein ungelöstes Problem. Mit der Umfahrung Cham / Hünenberg wird in Zukunft das Zentrum von Cham entlastet – ebenso mit der Tangente Zug / Baar das Zentrum von Baar. Und die Stadt Zug? Mit dem nun vorliegenden Projekt wird auch das Zentrum der Stadt Zug vom motorisierten Verkehr entlastet und die Aufenthaltsqualität dadurch aufgewertet. Die Erreichbarkeit der Zentrumsliegenschaften ist jedoch



Bild: z.v.g.

Monika Barmet-Schelbert, Kantonsrätin CVP Menzingen

gewährleistet. Im Begleitgremium wurde bereits im Vorfeld eine öffentliche Mitwirkung ermöglicht. Verschiedene Varianten konnten diskutiert und evaluiert werden. Schlussendlich wurde die vorliegende Variante bestehend aus vier Tunnelästen, welche im unteriri-

schen Kreisel zusammenlaufen, als Bestvariante gewählt. Auch die Zufahrtstrassen werden umgestaltet und teilweise ebenfalls saniert. Profitieren werden alle, die Autofahrerinnen und Autofahrer, die Fussgängerinnen und die Fussgänger, Radfahrende und insbesondere auch die Benutzerinnen und Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel. Die positive Entwicklung des Kantons Zug war u.a. nur dank innovativen, zukunftsorientierten Entscheidungen und Lösungen in verschiedenen Bereichen in der Vergangenheit möglich. Für mich ist der Stadttunnel ein Projekt, von dem der ganze Kanton profitiert und dessen Entwicklung positiv beeinflusst. Ich bin überzeugt, dass der Stadttunnel Zug mit dem Zentrumplus ein Generationenprojekt ist, das die Stadt und den Kanton Zug als Wirtschafts- und Lebensraum stärkt. Was unseren Vorfahren nicht gelungen ist, können wir mit der Zustimmung besser machen, denn langfristig ist eine Lösung auch für die Stadt Zug dringend nötig!

Stadttunnel: Kosten für alle, Nutzen für wenige

Gesunde Staatsfinanzen bilden das Rückgrat der Wohnregion und des Wirtschaftsstandorts Zug. Nach einer Boom-Zeit schreibt der Kanton Zug nun aber Jahr für Jahr rote Zahlen. «Der Finanzhimmel verdüstert sich», so schreibt die Neue Zuger Zeitung. Zusehends werden die kantonalen Reserven abgebaut, und die Behörden sehen sich genötigt, ein drastisches Spar- und Entlastungsprogramm anzuschreiben. Sparziel pro Jahr: über 100 Millionen Franken. Treffen soll es alle –

es wird von «Opfersymmetrie» gesprochen. Dabei stehen sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens im Visier: Schulbildung, Strassenunterhalt, Gesundheitsversorgung, Berufsbildung, Landwirtschaft, Wirtschaftsförderung, Altersversorgung usw. Die Liste ist lang und umfasst 295 Massnahmen, die noch viele Zeitungsseiten füllen werden. In dieser Situation legen nun die Behörden das Stadttunnelprojekt vor, das 890 Millionen Franken, realis-

tisch gesehen weit über eine Milliarde Franken kosten soll. Das Projekt fordert extreme Kosten für alle und Nutzen für ganz wenige. Es kommt daher wie die Faust aufs Auge. Der Handlungsspielraum der öffentlichen Hand soll nachhaltig eingeschränkt werden. Am 14. Juni haben wir, die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zug, die grosse Chance, uns von diesem schlecht durchdachten Projekt zu befreien.

Dieter Nussbaum, Zug

